

habe, hingewiesen, in der auf die von den alliierten Mächten übernommene Verpflichtung hingewiesen werde, nach der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland auch ihrerseits ihr Dienstpflichtsystem zu ändern.

Die Behandlung der Reparationsfrage

London, 12. Februar. Der Pariser „Times“-Korrespondent meldet: Sobald Sir John Simon die Pariser Reparationsvereinbarungen gebilligt hat, werden die Besprechungen mit der deutschen Regierung durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris stattfinden. Ueber den Inhalt der französisch-englischen Vereinbarungen glaubt der Korrespondent mitteilen zu können, daß im Juni eine Reparationskonferenz abgehalten werden soll. Bis zum 1. Juli werde die jetzige Regelung beibehalten werden. Die britische Regierung hat dem Korrespondenten zufolge gegenüber den französischen Wünschen einen sehr persönlichen Geist gezeigt, und die französische Regierung sei ihr dafür in der Frage der 15prozentigen Zollaufschläge auf britische Kohlen entgegengekommen. Der Korrespondent fügt hinzu, bei den Verhandlungen sei keinesfalls von einer „einheitlichen Front“ gegenüber einer dritten Partei die Rede gewesen. Es werde übrigens noch erheblicher weiterer Vorbereitungen bis zur Reparationskonferenz bedürfen.

Mussolini beim Papst

Rom, 11. Februar. Die Audienz des italienischen Regierungschefs beim Papst dauerte eine Stunde. Die Unterredung unter vier Augen fand in der Privatbibliothek Pius XI. statt. Anschließend machte Mussolini dem Kardinalstaatssekretär Pacelli seinen Besuch. Mussolini zeigte sich über seine Aufnahme sehr befriedigt und erklärte seiner Umgebung, er habe eine wirklich schöne Audienz erlebt.

Der Besuch Mussolinis in der Vatikanstadt, der mit einem offiziellen Gang durch die Peterskirche abschloß, trug den Charakter eines Staatsbesuches. Ihm wurden von der Schweizer Garde und dem päpstlichen Hofstaat Ehrenbezeugungen erwiesen, wie sie sonst nur Staatsoberhäuptern zustehen. Der Gegenbesuch durch Kardinalstaatssekretär Pacelli im Palazzo Venezia ist für die frühen Nachmittagsstunden angesetzt.

Keine ausländischen Landarbeiter mehr

Berlin, 11. Februar. Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers zu, für das Jahr 1932 neue ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland hereinzulassen. 1930 betrug das Kontingent 100 000, 1931 immerhin noch 50 000. 37- bis 40 000 ausländische Landarbeiter, die bereits hier sind, bleiben allerdings trotzdem in Deutschland. Ein Antrag des sommerlichen Provinzialverreters Graf Wehr, wenigstens ein Kontingent von 30 000 ausländischen Landarbeitern zuzulassen, wurde abgelehnt.

Weiter genehmigte der Reichsrat die Ausprägung von 120 Millionen RM Fünfmarskstücke im Rahmen des bisherigen Kontingents. Dann beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Abführung der Gebäudeverschuldungssteuer. Auf Wunsch der Reichsratsausschüsse hat inzwischen die Notverordnung vom 6. Februar neue Bestimmungen gebracht, die den Grundbesitzesgeheimern einen weiteren Anreiz zur Abführung der Steuer bieten sollen. Dadurch ist ein Teil des Verordnungsentwurfes hinfällig geworden. Die Reichsratsausschüsse haben jedoch noch weitere Änderungen an der Durchführungsverordnung vorgenommen, die den Anreiz erhöhen sollen. So haben sie die Befugnis zur Anrechnung des Abführungsbetrages auf das Einkommen auch auf die Gewerbesteuer ausgedehnt. Bei der Wertzuwachssteuer soll bei der Berechnung des Wertzuwachses der Abführungsbetrag dem Erwerbserlös hinzugerechnet werden. Vor der nächsten Einheitsbewertung soll der Reichsfinanzminister eine Bestimmung darüber treffen, daß dem Grundbesitzesgeheimern aus der Abführung letzterer steuerliche Nachteile entstehen. In einer Presse-notiz wollen Reichsregierung und Reichsrat mit allem Nachdruck den Befürchtungen entgegenreten, als könnte ein rascherer Abbau der Verschuldungssteuer vorgenommen werden und an ihre Stelle eine Mißtrauenssteuer treten, wodurch die Grundbesitzesgeheimern die Verschuldungssteuer gelöst haben, benachteiligt werden.

Berner stimmte der Reichsrat der Herabsetzung der Bürgersteuer für die Kurzarbeiter auf die Hälfte zu, wie es der Reichsfinanzminister kürzlich mit Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vereinbart hatte. Der Reichsrat nahm jedoch an der Durchführungsverordnung die Änderung vor, daß die Ermäßigung nicht eintritt, wenn der Steuerpflichtige ein Vermögen über 10 000 RM besitzt oder wenn er unter Hinzurechnung seines sonstigen Einkommens die Steuerfreigrenze überschreiten würde. Sachsen hat die Kurzarbeiter, deren Einkünfte unter der Unterführung für die Wohlfahrtserwerblosen liegen, bereits von der Bürgersteuer völlig befreit. Die Provinzen Rheinland und Westfalen empfehlen dieses Beispiel den anderen Ländern zur Nachahmung und verlangten von der Reichsregierung Mittel für die Gemeinden zur Durchführung der Wohlfahrtspflege.

Vierhändiger Waffenstillstand in Tschapei

Schanghai, 11. Februar. Dank der Vermittlung des französischen Vaters Jaquinot, der im Weltkrieg einen Arm in der Schlacht bei Verdun einbüßte, ist für das Gebiet von Tschapei ein vierhändiger Waffenstillstand abgeschlossen worden, der morgen vormittag um 8 Uhr beginnt

Russische Abrüstungsforderungen

Genf, 11. Februar. Nach dem belgischen Außenminister sprach der russische Botschafter Litwinoff.

Er wiederholte den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung, erklärte aber, daß die Sowjetdelegation nicht die Alternative stelle „Nichts oder Alles“. Er machte dann im Sinne verschiedener seiner Vorredner konkrete Vorschläge für die Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen. Nach Auffassung der sowjetrussischen Delegation könnten die Abrüstungsforderungen der Völker nicht durch die Stabilisierung oder durch eine unbedeutende Herabsetzung der Rüstungen oder durch Militärbudgets erfüllt werden, sondern nur durch ein Mittel zur Vermeidung des Krieges. Die Sowjetregierung habe wiederholt den Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges gemacht. Weder die bestehenden Pakte und Organisationen noch die Begrenzung der Rüstungen könnten den Krieg verhindern. Die Formel der Sowjetdelegation laute: Sicherheit gegen den Krieg. Damit unterscheide sich der sowjetrussische Sicherheitsbegriff von dem der anderen Delegationen. Viele verstanden unter Sicherheit ein Höchstmaß an Aussicht zur Gewinnung eines aufgezogenen Krieges. Litwinoff ging als erster Redner ausführlich auf die französischen Vorschläge ein, selbstverständlich um zu einer völligen Ablehnung zu gelangen. Die französischen Vorschläge seien nur eine Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkern schon seit Jahren lang ergebnislos beschäftigt habe. Sich auf dieses Bemühen zu verlassen, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen Rückschritt bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde. Ausführlich beschäftigte Litwinoff sich mit dem französischen Vorschlag einer internationalen Armee. Wer bürge dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Egoismus eine internationale Armee nicht im Interesse dieses oder jenes Staates eingesetzt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderbündnissen, Ententen und Abkommen die Vorkherrschaft gesichert habe.

Ich lasse, so sagte Litwinoff, diese Frage beiseite, ob man von der Sowjetunion verlangen kann, daß sie die Sorge um ihre Sicherheit und einen Teil ihrer Truppen einem internationalen Organismus anvertraue, dessen ungeheure Mehrheit aus Staaten bestehen würde, die ihr offen feindlich gesinnt sind und aus Feindschaft keine Beziehungen mit ihr unterhalten. Man kann vielmehr erwarten, daß die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion glauben, daß die Schaffung einer internationalen Armee unter den gegenwärtigen Umständen nur eine Bedrohung ihres Landes bedeuten kann. Die Sowjetdelegation wird durch diese Tatsachen in ihrer Ueberzeugung bestärkt, daß der einzige und unfehlbare Weg zur Lösung des Problems der Organisierung des Friedens, des Problems der Verhinderung der Kriege und des Problems der Sicherheit für alle Völker der von ihr empfohlene Weg einer völligen und allgemeinen Abrüstung ist.

Der Gedanke der allgemeinen völligen Abrüstung

unterscheide sich vorteilhaft von allen anderen Plänen durch seine Einfachheit, seine leichte Durchführbarkeit und die Beihiligkeit der Kontrolle seiner Durchführung. Die Sowjetdelegation sei jedoch nicht in der alleinigen Absicht hierhergekommen, ihren Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung zu wiederholen oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen, völlige Abrüstung oder nicht. Die Sowjetdelegation werde bereit sein, jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgehe. Die Sowjetdelegation betrachte den Konventionentwurf als vollkommen ungenügend und werde ihren eigenen Plan einer partiellen Abrüstungserhebung vorzuziehen, den sie jedoch lediglich als eine erste Stufe zur allgemeinen Abrüstung betrachte.

Die Vorschläge der Sowjetdelegation

für das völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien blieben auch für die jetzige Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere 1. Panzerwagen und schwere weittragende Artillerie, 2. Schiffe mit über 1000 Tonnen Wasserverdrängung, 3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll, 4. Flugzeugmutter-schiffe, 5. Militärluftschiffe, 6. schwere Bombenflugzeuge, alle lagernen Fliegerbomben und 7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Die Sowjetdelegation werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

Am Schluß seiner Rede machte Litwinoff unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bemerkenswerte Ausführungen über die politische Lage seines Landes. Rußland, so erklärte er, befindet sich in einer bedrohlicheren Lage als jedes andere Land. Seit 14 Jahren sei es unerhörten Verleumdungen und Lügenfeldzügen ausgesetzt. Bis heute verheßten eine große Anzahl von Staaten ihre Feindseligkeit gegenüber Rußland nicht. Die Sowjetdelegation werde eine Entschliehenheit in dem Sinne vorlegen, daß das Ziel der Konferenz nicht anders als durch eine allgemeine völlige Abrüstung gelöst werden könne.

Der weitere Verlauf der Abrüstungskonferenz

Genf, 11. Februar. Nachdem aus der Abrüstungskonferenz die Hauptmächte ihren Standpunkt entwickelt haben, begegnet die weitere allgemeine Aussprache nicht mehr so großem Interesse. Morgen wird der Außenminister Benesch den Standpunkt seiner Regierung, der sich bekanntlich demjenigen Frankreichs und Polens eng anschließt, vortragen. Man nimmt an, daß die allgemeine Aussprache in der Volkserammlung sich noch bis Ende nächster Woche hinziehen wird. Wenn man würde, so sagt man, im Hauptausfluß der Konferenz die bis dahin eingereichten praktischen Vorschläge zur Erörterung gelangen, und zwar würde man auch hier zunächst mit einer Aussprache beginnen, um zunächst darüber Klarheit zu schaffen, in welcher Weise die Konferenz die konkreten Abrüstungsvorschläge weiter behandeln will. Später wird es sich dann um handeln, welche Kommissionen mit der Einzelberatung der verschiedenen Fragen betraut werden sollen.

So lebten sie . . .

Der verschwenderische Aufwand der Stareks
Berlin, 11. Februar. In der heutigen Sitzung des Starek-Prozesses beschäftigte man sich mit der Frage des übermäßigen Aufwandes, den die Stareks getrieben haben. Willi und Leo Starek haben für Hausumbau und Einrichtung von 1925-1929 je etwa 150 000 Mark ausgegeben. Allein die Marmoreinrichtung des Badezimmers hat 500 Mark gekostet. Der Staatsanwalt hielt Leo Starek dann verschiedene andere Ausgaben vor: 12 Hemden nach Maß für 542 Mark, 2 seidene Garnituren für 190 Mark, 3 seidene Weinkleider für 150 Mark. In fünf Monaten wurde 5000 Mark für Delikatessen ausgegeben, für Weine in zwei Jahren 30 000 Mark. Bei der Einsegnung des Sohnes von Leo Starek wurde für 3000 Mark Wein getrunken. Vom 1. bis 7. September 1929 hat Leo Starek 4 1/2 Pfund Kaviar zu je 70 Mark pro Pfund verbraucht, Zigarren kosteten bei den Gesellschaften das Stück 1 bis 3,50 Mark. Bei Horcher wurden einmal Zigarren das Stück zu 10 Mark geraucht. Leo Starek kaufte von 1924-1926 außerordentlich Schmuckstücke im Werte von 60 000 Mark und zahlte St. Moritz 270 Franken Pension pro Tag. Das Geld brachte den Stareks einen Verlust von 600 000 Mark. Abschließend stellte der Vorsitzende fest, daß die Stareks in 6 Jahren 11,1 Millionen Banknoten und 2,5 Millionen Ueberreste aus ihren Geschäften, also insgesamt 13,6 Millionen entnommen haben, sodaß auf jeden der drei von den 700 000 Mark pro Jahr kommen.

Die Preise für Arzneispezialitäten

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat für die nicht mehr preisgebundenen Arzneispezialitäten folgendes angeordnet:

- 1. Die Spanne des Großhandels ist gegenüber dem 30. Juni 1931 um mindestens 10 Prozent zu sinken, wobei ein Satz von 16 Prozent nicht unterschritten zu werden braucht;
- 2. Für Insulin, Salvarsan, Sera beträgt die Großhandelsspanne höchstens 14 Prozent;
- 3. Für Klinikaufgaben beträgt die Großhandelsspanne höchstens 14 Prozent.

Dem Deutschen Apothekerverein e. B. wird aufgegeben, eine Spezialtagung herauszugeben. Bei der Berechnung ist von den Fabrikpreisen auszugehen und darf er höchstens diejenige Höhe aufschlagen,

soil. Dieser Waffenstillstand soll es den chinesischen Frauen und Kindern ermöglichen, Tschapei zu verlassen und sich in die internationale Konzeptionszone zu begeben. Vater Jaquinot ist Leiter des St. Franz Xaver-Kollegiums und ist auch in führender Stellung im Freiwilligenchor in Schanghai tätig.

Scharfer Kampf bei Wufung

Schanghai, 12. Februar. Bei Wufung, 20 Kilometer von Schanghai, hat heute früh ein scharfer Kampf zwischen japanischen und chinesischen Truppen begonnen.

Politische Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 11. Februar. In zahlreichen Stadtteilen ereigneten sich heute abend Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Verschiedentlich verletzten auch Nationalsozialisten Versammlungen der Staatspartei zu stören. In mehreren Fällen wurden Nationalsozialisten auf der Straße von Kommunisten überfallen. Es kam mehrfach zu Schlägereien, bei denen insgesamt ungefähr 30 Personen verletzt wurden. Etwa die gleiche Anzahl wurde von der Polizei zwangsgestellt.

Sieg Lauals in der Kammer

Die linksstehenden Mitglieder des Wahlrechtsausschusses legen ihre Mandate nieder

Paris, 12. Februar. In einer Nachtigung der Kammer, die kurz nach Mitternacht begann, wurde der Antrag Bonnets auf Rückverweisung des Budgetvorantrages an den Finanzausschuß, wogegen Laual die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 253 gegen 201 Stimmen abgelehnt. Hierauf beantragte der Innenminister sofortigen Eintritt in die Weiterberatung der Wahlreform. In der fünften Morgenstunde begann die öffentliche Abstimmung über diesen Antrag. Aus Obstruktion der Linken gegen die Wahlreform haben sämtliche 17 der Linken angehörende Mitglieder des Wahlrechtsausschusses ihr Amt niedergelegt.

Massenentlassungen von Bergarbeitern im Saargebiet

Saarbrücken, 11. Februar. Die französische Bergverwaltung hat heute mitgeteilt, daß sie wegen der Abkühlungsgefahren sei, 5000 Bergarbeiter zu entlassen, darunter 1000 Saarländer. 3000 Mann sollen bereits am 1. März entlassen werden. Die Bergarbeiterorganisationen verhandeln gegenwärtig mit der Grubenverwaltung, um zu veranlassen, vorübergehend sämtliche Bergleute feiern zu lassen und dadurch Entlassungen hintanzuhalten.